

Freiheitspreise abgeben. So wurde die Abkündigung gegen Stambulinski schließlich in allgemein, daß er zuletzt dastand als ein entfremdeter Stamm, der leicht gefällt werden konnte, als die Revolution die Art an seine Wurzel leide.

Während Bessarabien, dessen Interesse ganz durch den Anbruch gefährdet war, nur mit halbem Ohr nach den bulgarischen Meldungen hinordnete, hatte es keine Ahnung, welches antipolitische Gewitter sich im Osten infolge der innerpolitischen Vorgänge in Bulgarien zusammenzog. Der kleine Entente, Serbien, Rumänien und der Tschechoslowakei, hatte es gut in den Rahmen ihrer imperialistischen Ausdehnungspolitik auf dem Balkan gepaßt, wenn sie den bulgarischen Umsturz als Vorwand hätte benutzen können, um gegen diesen Staat ebenso vorzugehen, wie Frankreich gegen Deutschland durch den Anbruch verfahren ist. In Belgrad schlug man zuerst Alarm wegen der angeblichen Gefahr, daß die neue bulgarische Regierung die durch den Friedensvertrag von Neuilly im südslawischen Sinne entschiedene mosodonische Frage wieder zum Leben erwecken werde. Die Kabinette in Prag und Antwerpen wurden in diesem Sinne bearbeitet und der zwischen den drei Regierungen geflossene Meinungs-austausch führte zu dem Beschluß, an das Ministerium Zan-koff eine Note zu richten, in der Einspruch gegen den „militaristischen“ Charakter der neuen Regierung erhoben und mit der Geltendmachung strenger Maßregeln für den Fall irgendeiner Verletzung des Vertrages von Neuilly — eine solche hätte sich in leicht konstrierbaren lassen — gedroht werden sollte. Das blieb mit anderen Worten, daß eine östliche Ruhr-aktion von den Mächten der kleinen Entente in würdiger Nachahmung ihres französischen Vorbildes geplant war. Im entscheidenden Augenblick aber, gerade noch rechtzeitig, um die Abwendung der Note zu verhindern, trat England auf den Plan, und zwar, was besonders unterirdisch werden muß, sekundiert von Amerika. Das Vondoner Kabinett erklärte nämlich, unterstützt durch die amerikanische Regierung, dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, daß es ihm „volle finanzielle und moralische Hilfe“ zusage, um ihn in den Stand zu setzen, „auf dem Balkan Herr der Lage zu bleiben“. Ein Mißverständnis dieser artlichen Er-klärung war nicht möglich. Sie bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als daß Großbritannien und Amerika zusammen dem gefährlichen Gegner Südslawiens ein un-berühmtes Balkanmandat übertragen. Es heißt die Wichtigkeit dieses Schrittes in feiner Weise überstreben, son-der für nur sachlich gerecht werden, wenn man sagt, daß seit dem Weltkrieg von Vondon aus keine internationale Aktion unternommen worden ist, die sich mit dem Vorgehen der Beschworung der Kriegsgeschichte im Osten an hochpoliti-scher Bedeutung messen konnte. Das betrifft man denn auch in Belgien, Dänemark und Prag selbst und so weiter. Der süd-slawische Außenminister Rintischki konnte es aber doch nicht unterlassen, seine Ausführungen zur Sache in einer Konferenz mit den Parteiführern mit einigen heftigen Aus-sällen gegen Italien zu würzen. Er erklärte, eine „Mähr-aktion“ gegen Bulgarien wäre für die kleine Entente erst in Frage gekommen, wenn die neue Regierung in Sofia sich einer positiven Verfügung des Friedensvertrages schuldig gemacht habe; sonst käme ein Einmarsch eines Präventiv-rieges gleich, gegen den Südslawien „aus Prinzip“ sei. Zu-gleich erhob der Minister gegen Italien die Anschuldigung, daß es die ganze bulgarische Revolution finanziert und eben-falls in Albanien eine Bewegung gegen Südslawien an-gereizt habe. Unter normalen Verhältnissen würde das Wohl solcher Angriffe in Rom sicher sehr schärf gewesen sein. Angesichts der lebigen gespannten Lage aber hält sich die italienische öffentliche Welt vorsichtig zurück und begnügt sich damit, den Zwischenfall für eine künftige Abrechnung ins-Dampfnuß zu schreiben.

Diese Vorwürfe zeigen, wie schwer es für Zanoff, der Deutschland mit freundschaftlichen Gesinnungen gegenüber-stellt, sein wird, das bulgarische Staatschiff durch die Klippen zu steuern. Nach einer den „Dresdner Nachrichten“ vom hiesigen bulgarischen Generalkonsulat zugegangenen Mit-teilung kann das neue Kabinett Zanoff als Ausdruck des Willens der ungarischen Mehrheit des bulgarischen Volkes angesehen werden mit Ausnahme der Kommunisten; in der internationalen Politik werde die Regierung loyal und ge-wissenhaft ihre Verpflichtungen erfüllen und alles zu ver-mitteln suchen, was den Frieden auf dem Balkan fördern könnte. Bei diesem Beharren wird sie Italien, unterstützt durch Eng-land, auf ihrer Seite haben. Das englische Vorgehen hat noch dadurch ein besonderes Interesse, daß es ohne Vor-wissen Frankreichs erfolgt ist. Es handelt sich also um einen mittelbar nach Paris gerichteten „kalten Wasser-sprahl“, um ein Warnungssignal, daß England sich doch nicht im Westen und Osten alles von Frankreich gefallen läßt, son-der daß auch hier ein Maß in den Dingen ist, daß es eine Grenze gibt, an der es für die britische Politik heißt: „Bis hierher und nicht weiter!“ Man sollte freilich meinen, daß diese Grenze auch an der Ruhr bereits erreicht sein müßte.

Prag, 21. Juni. Die Prager Regierung hat bis jetzt das neue bulgarische Kabinett nicht an-erkannt und wartet ab, welche Haltung die Belgrader Regierung einnimmt. Sie hat sich bereit erklärt, den ge-flohenen Mitgliedern der Regierung Stambulinski Aufen-bhalt zu gewähren und sich den aus Rumänien ausgewiesenen früheren Außenminister Thom ohne Ausweispaßiere die tschecho-slowakische Grenze passieren.

Die Hungerrichtung des Ruhrgebietes.

Nachkriegs des Strassenbahnverkehrs. Berlin, 21. Juni. Wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, soll die von den Franzosen in den letzten Wochen durch-gesetzte Verkehrsabschnürung im Ruhrgebiete jetzt auch auf die Strassenbahnen ausgedehnt werden. Die Strassenbahngesellschaften sollen die Linien, die erst seit 1921 in Betrieb genommen worden sind, sämtlich stilllegen. Da der Lebensmittelverkehr auf den Eisenbahnen vollständig unterbunden ist und die Vorräte zum größten Teil auf den Strassenbahnen befristet werden, bedeutet die neue, von den Franzosen in Aussicht gestellte Maßnahme eine weitere Erschwerung der Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes. Man ist auf das schlimmste gefaßt und be-fürchtet, daß mit dieser Maßnahme das Ruhrgebiet syste-matisch dem Volkshunger in die Arme getrieben wird.

Austrreibungen mittels Ausklügelns.

Worms, 21. Juni. Von den Franzosen wurden aus Worms und Umgebung gestern weitere 80 Eisenbahner aus-gewiesen. Bemerkenswert ist bei dem summarischen Vorgehen der Franzosen, daß in vielen Fällen die Aus-weisungen der Beamten nicht mehr persönlich geschah, sondern durch öffentliche Mitteilung mittels Ausklügelns bekannt-gemacht wurden.

Die Verräter Schlageters.

(Dresdner Nachrichten unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 21. Juni. Zu den Ausführungen des preussischen Innenministers Severing über die Verräter Schla-geters wird in der „Deutschen Post“ erklärt, daß die schuldigen beiden Schurken Goeye und Schneider, die Schlageter verraten haben, nicht Offiziere waren. In die Hochbahn-Organisation haben sie sich eingeschlichen als Späher der Kommunisten, ein Umstand, der es auch erklärt, warum diese beiden jetzt wegen Landesverrats Verhafteten so reichlich von den Franzosen mit Geldmitteln unterstützt wurden. Das Blatt fragt, ob dem preussischen Innenminister Severing diese die Schlage in ein ganz anderes Licht rufen-den Umstände unbekannt gewesen seien, als er im preussischen Landtage zu seinen Enthaltungen schritt.

Die französisch-belgischen Kapitulationsbedingungen.

Der Meinungs-austausch zwischen Brüssel und Paris.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Paris, 21. Juni. Die französische und belgische Aus-sprache hat gestern eine ungewöhnliche Intensität angenom-men. Der belgische Botschafter in Paris hat sich nicht weniger als dreimal im Verlaufe des Tages an den Quai d'Orléans begeben. Auffällig ist weiter, daß Poincaré im weiteren Ver-laufe des Nachmittags dem Vorsitzenden der Reparations-kommission, Barthou, sowie Marschall Foch und auch dem italienischen Botschafter Marsquis d'Arceano empfangen hat. Er sagte bei allen diesen Empfängen, daß die „Ausklärungs-arbeit“ zwischen den alliierten Hauptstädten andauere, die einzig mögliche Arbeit, solange eine Lösung der sehr verwickel-ten belgischen Ministerfrage nicht erfolgt sei. Lieber den Inhalt der französisch-belgischen Stellungnahme zu dem englischen Fragebogen erlaubt jedoch Philipp Millet im „Petit Parisien“ bereits eine Reihe von Angaben machen zu können. Danach verlangt Belgien die Annulierung der deutschen Er-lasse gegen die Ruhrbesetzung und gleichzeitig, daß Deutsch-land aufhöre, die Besatzungsmächte zu beschuldigen. Die Eng-länder hätten weiter gefragt, ob man bereit sei, nach Beendi-gung des passiven Widerstandes die Besetzung milder zu ge-halten. Hier gilt es, ein Mißverständnis zu vermeiden. Es würde nicht genügen, daß Deutschland seinen Widerstand einstelle, um im Ruhrgebiet sofort die Besetzungsbühne zu verringern. Es würde jedoch vielleicht möglich sein, sofort die Höhe der Besatzung der Besatzungstruppen zu verringern, die nur auf Grund des deutschen Widerstandes ihre augen-blickliche Höhe erreicht hätten. Ferner könnten die französischen und belgischen Verbände zweifellos nach Einstellung der Besetzung die individuellen Maßnahmen zurückziehen, die gegen Persönlichkeiten getroffen wären, welche auf Befehl von Berlin sich gegen die Alliierten gewandt hätten, zum Beispiel Maßnahmen gegen freilebende Eisenbahn-arbeiter.

Ueber die provokative Haltung des Ruhrgebietes sei folgendes zu bemerken: Frankreich und Belgien gedente, seinen Ringer breit das besetzte Gebiet anzugehen, bevor Deutschland seine Zahlungen begonnen hat. Dagegen kann man sich vorstellen, daß die Räumung in zwei oder drei Etappen nach Maßgabe der Zahlungen durchgeführt werden wird, so wie dies Deutschland gegenüber Frankreich im Jahre 1871 gehandhabt hat. Teilweise Teil des Ruhrgebietes, der zuletzt geräumt werden würde, wäre zweifellos derjenige, den Frankreich am 11. Januar bereit besetzt hat und der mit Essen einen wesentlichen Teil des Ruhrgebietes umfaßt. Dies, so schloß Millet, sind die Hauptgedankengänge, die der französische und belgische Botschafter zweifellos in den nächsten Tagen in London niederlegen werden. Millet zweifelt allerdings scharf über die Punkte, über die Punkte ein Abkommen leicht zustande kommen kann, meint jedoch, wenn dies trotzdem der Fall wäre, daß dann weiterhin über die endgültigen Summen, sowie die deutschen Verbindungen und auch die Anteile der einzelnen Alliierten unter Berück-

sichtigung der interalliierten Schulden verhandelt werden müsse. Also werde die Unterhaltung angefaßt des Umfangs der Probleme eine gewisse Geduld erfordern und nicht allzu-schnell zu Ende sein. Das einzige Ereignis, das eine Lösung beschleunigen könnte, sei eine Kapitulation Deutschlands.

Das Kabinett Poincaré und die Radikalen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Paris, 21. Juni. Der Vollglaubensausch der Radikalen und Radikal-Sozialistischen Partei hat infolge der Abstim-mung über die innere Politik in der Kammer, die in der ver-loffenen Woche stattgefunden, die Mitglieder der Radikal- und Radikal-Sozialistischen Partei, die dem Kabinett an-gehören, aufzulösen, Poincaré ihre Unterstützung nicht weiter zu gewähren, sondern aus dem Kabinett Poincaré aus-zutreten. Ferner sollen die Maßregeln des Partei-disciplin auf diejenigen Mitglieder in Anwendung gebracht werden, die entgegen der von der Partei ausgehenden Parole für das Kabinett gestimmt haben. Der Kolonialminister Sarraut, einer der von der Entscheidung der Parteileitung betroffenen Minister, hat bereits gestern abend bei Gelegen-heit eines Banketts des Kolonialverbandes seine Antwort an die Parteileitung vorweggenommen, indem er erklärte, unter den augenblicklichen Verhältnissen halte er es für seine Pflicht, als Radikaler und Anhänger der Valenqueygebung an der Seite des großen Patrioten Poincaré zu stehen.

Noch keine Antwort auf den britischen Fragebogen.

London, 21. Juni. Das Reuters-Bureau erzählt, daß weder in britischen noch in französischen gutunterrichteten Kreisen irgend etwas bekannt ist, daß eine Erwiderung auf den britischen Fragebogen, sei es von Seiten Frankreichs oder Belgiens, unmittelbar bevorstehe und daß keinerlei Anzeichen vorhanden seien, welches die Natur der Antwort sein werde. In bezug auf Belgien sei es nicht einmal sicher, ob eine An-antwort erforderlich sei, da der Fragebogen nach Brüssel nur zur Information geschickt wurde. (B. T. B.)

„Es ist nötig, den Franzosen das Sand-werk zu legen.“

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“) Rom, 21. Juni. Die „Idea Nazionale“ berichtet über sensationelle französische Umtriebe in Marokko. Die spanische Regierung behauptet gewisse dafür, daß ein neuer Aufstand in Spanisch-Marokko durch französische Agenten hervorgerufen sei; die Rebellen seien mit reichlichen Mitteln, Waffen und Munition versehen. König Alphonso habe in einer Unter-redung mit den fremden Botschaftern sich über die französi-schen Intrigen Marokkos beklagt. „Idea Nazionale“ fügt hinzu: Es genüge also den Franzosen nicht, am Rhein und an der Weichsel, am Balkan und in den Donauländern zu in-trigieren. Es sei nötig, ihnen das Sandwerk zu legen.

Die Verhandlungen über den wertbeständigen Lohn.

Besprechungen in der Zentralarbeits-gemeinschaft.

Berlin, 21. Juni. Am Sonnabend finden bereits in der Zentralarbeitsgemeinschaft die erstmaligen Erörterungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Wertbeständigkeit der Löhne statt. Unter den einzelnen Verbänden herrscht insoweit Uebereinstimmung, als zum großen Teil die Forderung nach einem Indexlohn gemeinhin ist, der aus einem Grundlohn und Zuschlag, die von Woche zu Woche nach einem neuanschlagenden Index zu regulieren sind, bestehen soll. Es soll aber nicht der Index des statistischen Reichsamtes in Frage kommen, sondern ein verbefferteter. Die von den Arbeitervertretern vertretene Möglichkeit einer anderweitigen Lohnregulierung auf Gold-basis oder Entlohnung nach dem Dollarkurs wird wahr-scheinlich überflüssig werden.

Zu den bereits mit dem Reichsarbeitsministerium gepflogenen Besprechungen herrscht auch Ueberein-stimmung darin, daß die Grundlage des Anspruchs nur für eine gewisse Zeitspanne in Betracht kommen soll. Es handelt sich vorerst darum, einen Mindestlohn als wertbeständigen Lohn für einen etwa zweimonatigen Zeit-raum festzulegen. Nach diesem Zeitraum wollen die Ge-werkschaften sich freie Hand vorbehalten, um eine Erhöhung dieses Reallohns erreichen zu können. Weiterhin wurde zwischen Reichsarbeitsministerium und Gewerkschaften Ein-stimmigkeit darüber erzielt, daß ein gesetzlicher Zwang ein-greifen müßte, falls es nicht möglich sein sollte, bei den Arbeitgebervereinigungen auf dem Wege der Verhandlungen die Forderung der wertbeständigen Entlohnung durchzu-führen. Als Ausgangspunkt für die Lohnverhandlungen soll der tariflich festgelegte Lohn für den Monat April (Grund-lohn) in Frage kommen. Der Grundlohn soll jeweils für die Dauer des tariflichen Lohn- oder Gehaltsabkommens vereinbart werden. Weiter werden Maßnahmen zum Schutze vor Entwertung zwischen den Gehaltszahlungsstellen gefordert, indem zum Ausdruck gebracht wird, daß die früher und teilweise noch jetzt üblichen Gehaltszahlungen für längere Zeit nicht den heutigen Geldschwankungen entsprechen.

Berlin, 21. Juni. Die freigewerkschaftlichen Ver-triebstärke haben zur Frage der wertbeständigen Löhne eine Entschließung angenommen, in der ein Mindestwochen-lohn von fünf Dollar und eine Mindestlohnrate von wöchent-lich zwei Dollar gefordert wird.

Die Richtlinien für die neue Lohnpolitik.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 21. Juni. Am Freitag treten die Spitzenorgani-sationen der Gewerkschaften aller Richtungen zur Ausarbeitung eines einheitlichen Vorschlages für die Beschaffung wert-beständiger Löhne zusammen. Als Grundlage sollen Richt-linien dienen, die der Afa-Bund am Donnerstag abend fest-legt. Im wesentlichen stimmen sie mit dem überein, was auch die übrigen Gewerkschaften als Verhandlungsgrundlage angegeben haben, und was zum Teil auch schon durch die Presse ging. Danach soll der Ausgangspunkt aller Lohnverhandlungen vorerst der tariflich festgesetzte Lohn sein. Welcher Zeitabschnitt dabei zur Grundlage zu nehmen sei, sollen nach den Verhältnissen die einzelnen Verbände festlegen. Die während der Tarifperiode eintreffende Veränderung der Kaufkraft soll durch bewegliche Zuschläge zum Grundlohn ausgeglichen werden. Die Festsetzung dieser Zuschläge soll nach einem noch zu schaffenden allmöglichen zu ermessenden Index erfolgen, der den wirklichen Lebensver-hältnissen des Arbeitnehmers, einschließlich eines gewissen kulturellen Mindestbedarfs, entspricht. Die Gehaltszahlungs-richtlinien sollen allmählich auf vierzehn Tage verkürzt werden. Weiter hält es der Afa-Bund für dringend notwendig, daß umschärfung von Anfang an alle Tarifverträge auf der Grundlage der Wertbeständigkeit und Erhaltung der vereinbarten Lohn-höhe abgeschlossen werden. Die Erhaltung der Wertbeständig-keit für Arbeitslohn aller Art, sowie für soziale Renten sei gleichfalls festzulegen. Die Verwirklichung einer solchen Regelung soll aber nicht etwa ein Ende der Lohnbewegungen, sondern nur die Wiederherstellung ihrer normalen Grundl-age bringen. Die Kräfte der Gewerkschaften müßten wieder frei werden für ihre eigentliche Aufgabe, den Kampf um die Steigerung des Anteils der Arbeit am produktiven Ertrage. Vermittelt werden in den Verhandlungen der Gewerkschaften untereinander mit den Arbeitgeberverbänden sowie mit der Reichsregierung diese Forderungen nach Ab-änderungen erfahren, im großen und ganzen dürften sie wohl aber doch einen ersten Ausgangspunkt für die Ummärkung in der Lohnpolitik bilden. Es ist auch als sicher anzunehmen,

daß sich die in diesen Forderungen vertretenen Auffassungen gegenüber extremen Richtungen, wie beispielsweise der, daß die Festsetzung der Löhne allmählich unter Zugrunde-legung des Lohnes im Frieden, berechnet nach dem amtlichen Verkaufspreis für das Zwanzigmarkstück, durchsetzen werde. Welche Haltung man von privater Arbeitgeberseite dazu ein-nimmt, steht noch dahin, da man hier erst den ausgearbeiteten Plan der Gewerkschaften abwarten will. Man hebt aber her-vor, daß die Gewerkschaften, vor allem die sozialdemokratischen, diese Angelegenheit nicht zu einer reinen Marktfrage aus-wachen lassen sollten. Wichtig erscheine auch die Klärung der Frage, woher die Arbeitgeberseite, deren Einnahmen sich doch auch nicht ohne weiteres der Geldentwertung an-passen, die Mittel zur Zahlung wertbeständiger Löhne nehmen soll, wenn Antragsmangel, Absatzschwierigkeiten usw. ein-treten.

Der Gewerkschaftsring für passiven Widerstand und wertbeständige Löhne.

Berlin, 21. Juni. Eine Konferenz der Funktionäre der Verbände des Gewerkschaftsringes (Verband deutscher Gewerkschaften, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Allgemeiner Eisenbahnerverband, Ring deutscher Beamten-verbände) aus dem gesamten besetzten Gebiet saßte am Sonn-tag in Marburg folgende Entscheidung:

Die in Marburg versammelten Vertreter des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten-verbände aus dem alt- und neubesetzten Gebiete unterstreichen erneut den unbedingten Willen ihrer Mitglieder zum Ver-harren im passiven Widerstand. Weder der verstärkte brutale französische Militarismus, noch die bedauerliche Folge parti-politisch extremer Elemente, noch die unanständige Preis- und Lohnpolitik kurzfristiger Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft sollen den Abwehrkampf erlahmen lassen. Die freiwirtschaftliche nationale Arbeitnehmerschaft ist nach wie vor bereit, sich schlagend vor den unheimlichen Schrecken ringenden deutschen Volkstaat zu stellen. Die öffentliche kritische Stellungnahme der Spitzengewerkschaft in der Frage des un-zulänglichen, mit unerträglichen Forderungen verbundenen Garantie-Angebots des Reichsverbandes der deutschen Indu-strie und des Deutschen Landbundes wird reiflich gebilligt. Darüber hinaus wird die Spitzenorganisation erucht, mit allem Nachdruck für eine ständige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisentwicklung unter Aufhebel aller ge-werkschaftlichen Kampfmittel zu sorgen. Tak das Rhein- und Ruhrgebiet ein unlosbarer Bestandteil des Reiches ist und bleiben wird, ist in den Kreisen der freiwirtschaftlichen nationalen Arbeitnehmerschaft eine absolute Selbstverständlichkeit. (wth.)

Das Programm der diesjährigen Völkerverammlung.

Genf, 21. Juni. Die vierte Völkerverammlung wird am 3. November in Genf zusammengetreten. Sie wird Maßnahmen zur Kenntnis nehmen, die zur Ausführung der Beschlüsse der vorhergehenden Völkerverammlung angeordnet worden waren, besonders hinsichtlich der Beschränkung der Rüstungen, der Sklaverei und des arabischen Vor-schlages auf Änderung des Artikels 10 des Vates. Alle Ausschüsse des Völkerverbundes werden über ihre Arbeiten be-richten. Von den auf der provisorischen Tagesordnung stehenden Fragen sind noch besonders zu erwähnen die Wahl eines Richters am ständigen internationalen Ge-richtshof im Haag an Stelle des verstorbenen Ray Bar-bosa, das Gesuch der litauischen Regierung bezüglich ihres Konfliktes mit Polen, sowie gewisse Entschlüsse und Empfehlungen des Völkerverbundes, ferner das Aufnahmegeruch des Freistaats Irland. Die Völkerverammlung wird auch die Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder des Völkerverbundes vornehmen. Gegenwärtig sind 52 Staaten Mitglieder des Völkerverbundes. (B. T. B.)

Deutschlands Handelsbeziehungen zu Portugal.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 21. Juni. Vom Reichsrat wurde heute neben anderem ein Gesetzentwurf über ein vorläufiges deutsch-portugiesisches Handelsabkommen an-genommen.

Inkraftsetzung des deutsch-dänischen Luftverkehrs-abkommens.

Berlin, 21. Juni. Nach einer Meldung aus Kopenhagen erfolgte am 14. d. Mts. zwischen dem dänischen Minister des Äußeren und dem deutschen Geschäftsträger des Auswärtigen Reichsministeriums in Kopenhagen ein deutsch-dänisches Luftver-kehrsabkommen. (B. T. B.)